

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 9 (1895)

44 (21.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252551](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252551)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung
der Interessen des werktätigen Volkes.

Ercheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und feierlichen Feiertagen.
Inserate: die bespaltene Seite
10 S. bei Wiederholungen Rabatt.
Belegungsliste Nr. 5089.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei ins Haus:
vierteljährlich 2,10 M.
für 2 Monate 1,40 M.
für 1 Monat 0,70 M.
ergl. Vertheilung.

Redaktion und Expedition: Saut, Adolfsstraße Nr. 1.

Druckereiannahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 44.

Saut, Donnerstag den 21. Februar 1895.

9. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

40. Sitzung vom Montag den 18. Februar.

Von Bundesrathspräsident v. Bötticher u. W.

Das Haus legt die zweite Beratung des Etats fort beim Spezialetat des Reichsamt des Innern, Kapitel Normalausgaben.

Auf eine Anregung des Abg. Hehl (Natl.) erklärt Staatssekretär v. Bötticher: Der Gesetzentwurf gegen den unautonomen Betrieb, der dem Staat in kurzer Zeit zugewandt wird, enthält eine Bestimmung, welche dem Bundesrath ermächtigt, genaue Vorschriften über den Bauausbau der Schanzwerke zu erlassen; damit wäre dann die Gelegenheit zu der vom Bundesrath gewünschten einheitlichen Regelung dieser Angelegenheit gegeben. Bis dahin bitte ich aber zu warten, eventuell hätte ich auch gegen eine geforderte gesetzliche Regelung der Frage nichts einzuwenden.

Die Abg. v. Metzger (Natl.) und Hammer (Natl.) wünschen Befristung der technischen Hilfsbeamten bei den verbleibenden Posten.

Staatssekretär v. Bötticher sagt Abhilfe zu, soweit es die Finanzlage gestattet.

Beim Kapitel „Gesundheitsamt“ erklärt auf eine Anregung des Abg. Zingens (Zentr.) Direktor des Gesundheitsamts Abhilfe: Seit 1893 sind Versuche darüber angestellt, wie sich die Übertragungsgeschwindigkeit von Krankheiten gegenüber Bewohnern verhalten. Es sind namentlich in Berlin mit Thieren Versuche gemacht worden. Anfangs 1896 werden hauptsächlich die Versuche abgeschlossen sein und das Resultat vorliegen.

Abg. Zingens (Zentr.) spricht seine Überzeugung aus, daß sich die Schanzwerke, welche immer über die Gefährlichkeit verweilender Soldaten verhandelt werden, als ungenügend herausstellen werden; zu seiner Freude entfällt damit das wesentliche Argument für die Feuerbestattung.

Abg. Schröder (Hög.) befreit die letzten Ausführungen des Bundesrathes.

Abg. Zingens (Zentr.) hält seine Behauptung aufrecht.

Abg. Zangher (Hög.): Ich gebe das für den Fall zu, daß alle Vorkehrungen getroffen werden; für Berlin aber und andere großen Städte müssen die Beobachtungen große Unzuverlässigkeiten mit sich führen. Jedemfalls werden gegen die Feuerbestattung lediglich religiöse Bedenken geltend gemacht und diese kann ich nicht gelten lassen.

Damit ist die Debatte beendet und das Kapitel wird genehmigt.

Es folgt der Etat des Reichsversicherungsamtes.

Von dem Abg. Dige und Gen. liegt folgender Antrag vor:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbundenen Regierungen zu ersuchen, die Vorlage der in Aussicht gestellten Novelle zur Änderung des Gesetzes, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung möglichst zu beschleunigen.“

Abg. Dige (Zentr.) giebt die Begründung dieses Antrages und bekämpft folgenden Antrag Kurr und Gen.:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbundenen Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes zu legen, wodurch

a) der § 157 des Gesetzes, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, dahin abgeändert wird, daß jeder Beschäftigte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat, einen Rechtsanspruch auf Altersrenten erhält und

b) der § 9, Abs. 3 und § 156 des genannten Gesetzes dahin abgeändert werden, daß diejenigen Beschäftigten, welche infolge ihres geschäftlichen Zustandes nicht mehr im Stande sind, sich in ihrem Beruf die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durch-

schnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresarbeitsverdienstes zu erwerben, Invalidrenten erhalten.“

Kurzerhand liegt noch folgender, von Dr. Richter (Zentr.) geheimer Antrag vor: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbundenen Regierungen zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die Mittel der Versicherungsanstalten in weitem Umfang als bisher für das landwirtschaftliche Arbeitsbedürfnis und für die Erhaltung von Arbeiterwohnungen zugänglich zu machen.“

Abg. Dige (Zentr.) tritt für den Antrag Richter ein. Im Allgemeinen wünscht Richter eine innigere Verbindung zwischen der Kranken- und der Altersversicherung und wünscht einen allgemeinen Ausbau aller dieser Versicherungsanstalten auf gemeinschaftlicher berufsgenossenschaftlicher Grundlage. Der Kurze Antrag enthält beiderseitige Momente, geht aber zu weit. Dieser Antrag erschöpfe dabei gar nicht die Wünsche, die das Zentrum an die Invaliditätsversicherung stellt; es gebe viel dringendere Bedürfnisse, die erfüllt werden müßten, so die Bekämpfung der Krankenunterstützung während 26 Wochen, statt bisher 13 Wochen, der sich dann ebenfalls die Bekämpfung der Invaliditäten anschließen könnte. Von Bedeutung sei die Verwendung des Versicherungsfonds zu Zwecken des landwirtschaftlichen Arbeit, da die Sparcassen in dieser Beziehung fast ganz verfallen. Für Arbeiterwohnungen sind von einzelnen Versicherungsanstalten schon große Summen bereitgestellt worden, es könne aber noch viel mehr geschehen. Eine Anregung, den Einsatz des Reichsversicherungsfonds in dieser Richtung hin geltend zu machen, sei notwendig. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Wellenbrunn (Hög.): Wie bringen unseren Antrag schon 1 1/2 ein, weil wir wissen, wie lange es dauert, bis ein Gesetzentwurf fertig wird. Altersrenten sollen bis jetzt erhalten, die nachweisen können, daß sie in den drei Jahren vor dem Antritt der Invaliditätsversicherung 141 Wochen in Arbeit gewesen sind. Das können die meisten Leute jetzt nicht mehr nachweisen; denn vorübergehend beschäftigte Arbeiter, wie Malchstrauen u. s. w. können gar nicht mehr feststellen, wie lange sie gearbeitet haben; Bücher werden darüber nicht geführt. Die Leute, die jetzt noch in Arbeit stehen, aber über 70 Jahre alt sind, erhalten keine Altersrenten, müssen aber noch die Beiträge bezahlen. In bedenken ist dabei, daß viele Arbeiter überhaupt nicht 47 Wochen im Jahre Arbeit haben, so die Hüchschiffer, die Bauarbeiter u. s. w. Wie die Beschäftigten des Gesichts wissen, steigt die Abnahme der Altersrenten; es sind mehr 70-Jährige als 71-Jährige vorhanden, weil mit der Länge der Zeit der Nachwuchs eines Arbeitsfähigen immer schwieriger ist; man wird schließlich Altersrentner für Geld sehen lassen können. Noch schlimmer steht es bezüglich der Invaliden; man dachte, es sollten 67 000 Invaliden im ersten Jahre vorhanden sein; es waren aber nur 17 000 und am Schlusse des dritten Jahres haben wir 88 000, also 93 000 weniger als man für die ersten 3 Jahre angenommen hatte. Das liegt aber an der Sicherung des Nachwuchses der Invalidität, den wir erreichen wollen. Man scheidet die Invaliden aus der Sozialversicherung aus, dann ist es leicht, die Natur des Gesetzes. Man spricht allerdings von dem Reichthum zu demselben; das ist schon nicht. Die Arbeiter bekommen nicht einmal soviel heraus, wie sie Beiträge bezahlt haben. Dieses Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung muß die Arbeiter unzufrieden machen. Besonders bedenklich ist es aber, daß auf die Verhältnisse der Arbeiter, auf ihren Beruf keine Rücksicht genommen wird. Wenn ein Mann Invalid wird, kann er zwar noch leichter Arbeit verrichten, aber schließlich in seinem Beruf und es wird ihm fast unmöglich sein, einen neuen Beruf zu ergreifen. Deshalb möchte die Invalidität nach der Zeit der Beschäftigung festgestellt werden und zwar sollten die betreffenden Arbeitergenossen des Gesetzes möglichst noch in dieser Session gemacht werden.

Abg. Kurr (Natl.) begründet seinen Antrag, die in der Reichsversicherung beschäftigten Personen in die Unfallversicherung aufzunehmen,

die Regierung selbst habe schon früher die Unfallversicherung für die Hochleistung in Aussicht gestellt. Was den zweiten Theil seines Antrages anlangt, so könne es nicht bestritten werden, daß es der Beruf sei, welcher die Arbeiter den finanziellen Entstellungen aussetzt. Letztere seien also hauptsächlich als Betriebsausfälle anzusehen.

Abg. v. Salisch (Natl.) erklärt, die Zustimmung seiner Partei zu den Anträgen Dige. Eine Verankerung der Invaliditäts- und Altersversicherung sei, wie schon sein Fraktionsgenosse von Staeben im vorigen Jahre ausgesprochen, durchaus notwendig und eben so sei seine Partei damit einverstanden, daß die reichen Mittel der Versicherungsanstalten für landwirtschaftliche Zwecke und Arbeiterwohnungen möglichst benutzbar gemacht werden. Seine Partei habe sich mehrfach für eine Vereinigung der Invaliditäts- und Unfallversicherung ausgesprochen.

Abg. Steiniger (Zentr.) befragt die große Mehrheit, welche das „Wappenstein“ besonders der bayerischen Landwirtschaft aufzulegen. Die Industrie trage diese Last nicht leicht, und bei der Revision sollte man versuchen, die Landwirtschaft von einer Last zu befreien, die sie nicht tragen könne.

Abg. Brühne (Hög.) wendet sich dagegen, daß die Versicherung noch mehr beschränkt werden soll, anstatt sie auszuweiten, die Renten-erlangung noch zu erhöhen, anstatt sie zu erniedern. Er weiß auf die Schwierigkeiten hin, die den Arbeitern in dem Weg gelegt werden, um die Unfallversicherungsbeiträge zur Durchführung zu bringen. Es gebe noch Berufsbesonderheiten, die keine besonderen Rücksichten erfordern. Man thue so, als ob dem Arbeiter nicht Günstigeres passieren könnte, als einen Arm oder ein Bein zu brechen und dadurch die Unfallrente zu erlangen. Wie schwer es den Arbeitern selbst im Falle eines Unglücks gemacht werde, die gesetzliche Entschädigung zu erhalten, dafür gibt der Redner zahlreiche Beispiele, insbesondere ein Beispiel, das denjenigen Arbeitern die sich einer Operation nicht unterziehen wollen, die Rente verweigert werde. Versicherungsbeiträge habe das Reichsversicherungsamt gegen die Berufsbesonderheiten entschieden. Die Verwaltungskosten der Sozialversicherung seien sehr hoch. Die Sicherung der kommunalen Armenanstalten habe nicht den Erwartungen entsprechen. Es zeige das, wie sehr sich die Verhältnisse der Arbeiter in den letzten Jahren verschlechtert hätten. (Beifall bei den Sozialen.) Hierauf befragt sich das Haus.

Politische Rundschau.

Saut, den 20. Februar.

In der gestrigen Sitzung des Reichstages wurde die zweite Beratung des Etats fortgesetzt beim Spezialetat des Reichsamt des Innern. Der Staatssekretär v. Bötticher ergriff die Gelegenheit, die Vorlesung entgegenzutreten, als sei die sozialpolitische Gesetzgebung in's Stadium getreten. Daß die im vorigen Sommer veröffentlichten Entwürfe über Reform der Arbeiterversicherung noch nicht dem Reichstage vorgelegt seien, liegt an der Kritik, die dieselben gefunden. Öffentlich werde der Entwurf betreffend Korrekturen der Unfallversicherungsgesetze im nächsten Jahre (?) an das Haus gelangen. An den Grundlagen des Invaliditätsgesetzes dürfe keineswegs gerüttelt werden, ansonsten würde man stark in der Richtung der sozialdemokratischen Staatsauffassung fortschreiten. Die Verwaltungskosten des Invaliditätsgesetzes seien nicht zu hoch. Redner erklärt sich gegen den Antrag Kurr, acceptirt

und des großen Kapitals zu vertreten hat. Man begrüßt dieses Unternehmen in den betreffenden Kreisen mit großer Begeisterung, man hat mir genügende Unterstützung zugesagt, und nächsten Monat soll die Korrespondenz erscheinen. Bei der Erweiterung des Geschäftes habe ich aber eine Hilfskraft nötig, die die politische Seite des Geschäftes leitet, während ich mich mehr mit der industriellen beschäftigen muß, und diese Hilfskraft sollen Sie sein.“

Walter's Ruch war im Sinken diesem ausgebreiteten „Geschäft“ gegenüber. So gortartig hatte er sich das Unternehmen seines früheren Kollegen Griffithorn nicht gedacht. Nebenbei empfand er eine gewisse Beschämung vor seinem besseren Selbst, denn schon jetzt merkte er, daß ein solches „Geschäft“ mit ernsthafter Politik oder gar mit der Literatur wenig oder gar nichts zu thun haben konnte. Kleinlaut entgegnete er:

„Wenn ich nur Ihren Erwartungen gerecht werden kann.“

„O sicherlich werden Sie das“, meinte gutmüthig lachend Griffithorn. „In der ersten Zeit wird es Ihnen wohl etwas schwer fallen, aber bald werden Sie in den Couloirs der Kammern und den Vorjimmern der Minister und Geheimräthe schon heimlich werden. Mein Name verleiht Ihnen überall Eingang und Sie werden von Jedermann gut aufgenommen werden. Ich begleiße Sie übrigens in der ersten Zeit überall dorthin, wo Sie bekannt werden müssen. Das Uebrige findet sich dann von selbst. Also, lassen Sie uns ansetzen! Auf gute Geschäfte!“

Die Kläner klagen zusammen. Der schrille Ton schien ein Wiederhall der häßlichen Empfindung zu sein, welche Walters Herz beherrschte.

(Fortsetzung folgt.)

Moderne Sklavenjäger.

Roman von O. Eiser.

Nachdruck verboten.

Er wollte empor, er wollte nicht da unten in dem Dunst der provinziellen Redaktionsstuben untergehen, nur arbeitend um sein armseliges tägliches Brod; er strebte nach jenen freien Höhen, auf denen er so manchen Schwaben sah, der auch, wie er, als Redakteur eines kleinen Winkblattens angefangen, jetzt aber als Herrscher im Gebiet der Literatur da stand, als Stern am literarischen und journalistischen Himmel strahlte. Einen bestimmten Plan hatte er sich noch nicht gemacht; obgleich ursprünglich mehr literarisch veranlagt als journalistisch, obgleich sich ursprünglich mehr für die Dichtkunst und schöne Literatur interessirte als für die Politik, verminderte er doch auch nicht die politisch-journalistische Laufbahn, wenn sie ihn zum Ziel brachte, das heißt ihn zu einem reichen, unabhängigen und bekannten Mann machte. Von Natur aus idealistischer angelegt, hatte er sich als Dichter lebhaft mit der Dichtkunst beschäftigt. Als dann das Unglück herabgebrochen war, das heißt als die Schulden es ihm unmöglich machten, noch länger die Laufbahn des Dichters zu verfolgen, da sein Vater starb und statt des erhofften Vermögens auch nur Schulden hinterließ, da mußte er nothgedrungen zur Journalistik übergehen, nachdem er eine Zeit lang versucht hatte, als freier Schriftsteller seinen Lebensunterhalt zu gewinnen. Als Journalist glückte es ihm, am Bernheimer Tageblatt eine kleine, aber immerhin auskömmliche Stellung zu erlangen. Seinen idealen Plänen hätte er wohl noch nicht ganz entsagt, aber er war durch die fünf letzten Jahre in der Journalistik ein praktisch denkender Mann geworden und ließ die idealen Pläne einweilen bei Seite liegen, um seinem Leben eine reale

Stufe zu verschaffen. Dazu diente ihm das Anerbieten Griffithorn's werthvoll, und er hatte nicht geögert, es anzunehmen.

„Sehen Sie, lieber Walter“, sprach während des Essens Griffithorn, „es kommt Alles darauf an, wie man ein Ding erfährt. Als ich von Bernheim fortging oder — fortgegangen wurde, hatte ich keine dreißig Thaler in der Tasche. Doch ich fand einen Unterschupf als Parlaments-Verichterhatter bei einem Vorkenblatt; als solcher lernte ich die Abgeordneten kennen; dann ward ich auch als Verichterhatter für die Börse beschäftigt, und das war mein Glück! Hier lernte ich reiche, einflußvolle Leute kennen, Bankiers und Großindustrielle, denen es auf einen Tausendmarktschein nicht ankam, wenn ihre Interessen in der Öffentlichkeit gehemmt vertreten wurden. Ich machte einigen von ihnen den Vorschlag, eine Korrespondenz zu gründen, welche ihren Interessen dienen sollte. Mit Freuden gingen sie auf meinen Gedanken ein. Aber als reine industrielle Korrespondenz hatte das Unternehmen keine Zukunft; man mußte die Politik zu Hilfe nehmen. Wir legten uns mit einigen Herren in Verbindung, die der Regierung nahe standen, wir fanden Gegenseite, und so entstanden die „Politisch-wirtschaftlichen Nachrichten“, die kein größeres Blatt der Regierung gelten. Sehen Sie, das ist die Grundlage meines Geschäftes. Nebenbei verlor ich noch verschiedene große Blätter mit telegraphischen Nachrichten, habe während der Parlamentszeit eine parlamentarische Korrespondenz, kurz, meine jährlichen Einnahmen belaufen sich auf rund 30 000 Mark ohne die gelegentlichen Einnahmen bei“ — hier räusperte sich der große Journalist — „nun die gelegentlichen Diensten. Jetzt habe ich ein neues Projekt, die Gründung einer „Industriellen Korrespondenz“, welche besonders die Interessen der Großindustrie

aber den Antrag Hize auf Beschleunigung der einschlägigen Reform. Unser Genosse Grillenberger gestellte gehörend die unzureichende Tragweite der bestehenden Versicherungsgeetze, deren Handhabung ebenfalls große Mängel zeige. Namentlich seien in die Unfallversicherung Bestimmungen aufzunehmen, die den Vorschriften des Bundesrats im Interesse der Unfallversicherung mehr Nachdruck verleihen. Kranken- und Unfallversicherung ebenso wie Invaliditäts- und Altersversicherung müssten in einem großen Zentralorgan vereinigt werden. Das Reichsversicherungsamt müsste in ein selbständiges Reichsamt umgewandelt und die Kosten müssten fast durch Beiträge in Gestalt von Steuerzuschlägen ausgebracht werden. Betreffs der Anträge bemerkte er, daß seine Partei dem Antrag Krufe zustimme, event. dem auf baldige Revision jenseitigen Antrag Hize. Es sprach sich die Abg. Ennecerus und Köhler. Die Anträge Krufe und Hize wurden angenommen und hierauf der Rest des Staats des Reichsamts des Innern debattiert geschloß.

— In das Regierungsverfahren Wasser feuert das Zentrum immer „unerschrockener“ hinein. Nicht nur bei der Anhebung der Meiningenfreiheit, auch in Steuerfragen leistet es der Regierung Handlangerdienste. Wie dem „Hamb. Correip.“ aus Berlin gemeldet wird, beabsichtigt die bayerische Gruppe der Zentrumspartei in Stärke von etwa 26 Mitgliedern zur Tabakfabriksteuererhöhung abzusprechen. Da außerdem die Polen der Tabakfabriksteuer hoch sind, so würde, wenn sich diese Nachricht bestätigt, ein sehr erbitterter Kampf über die Tabakfabriksteuererhöhung im Reichstage entbrennen. — Wie alle volkswirtschaftlichen Handlungen des Zentrums hauptsächlich mit einem volkreichen Mittelstand umkleidet werden, so auch der neue Plan. Dr. Schäbler hat der Budgetkommission angekündigt, daß er einen Antrag einbringen werde, den Soldaten warmes Abendbrot zu verabreichen. Es wird diese Anknüpfung mit Recht ausgelegt als eine Brücke, die Abg. Schäbler zu schlagen bemüht ist für die Annahme der Tabaksteuer. Bezeichnender Weise hat auch die ganze rechte Seite der Budgetkommission die Anknüpfung des Abgeordneten Schäbler mit Jubel aufgenommen, weil sie dieselbe glaubt für das Tabaksteuererzeugnis ausnutzen zu können. Die Frage der Gewährung eines warmen Abendbrot ist fast in jedem Jahre in parlamentarischen Kreisen erörtert worden. Das gerade jetzt diese Frage zum Gegenstand eines Antrages gemacht wird, muß allerdings die Vermuthung erwecken, daß hier dem Volke Speck vorgesetzt werden soll, um auf die Brücke der Tabakfabriksteuer zu treten. Ob diese Vermuthung für den Abgeordneten Schäbler und für einen Theil der Zentrumspartei zutrifft, wird sich alsbald herausstellen.

— Im Bewußtsein seines Wertes hat Herr v. Stumm in der „Post“ folgende Erklärung vom Stadel geschrieben: Berlin, 14. Februar 1895.

Aus fast allen Theilen Deutschlands, selbst aus Oesterreich und der Schweiz gehen mir von den verschiedensten Bewußtstößen so zahlreiche Zustimmungserklärungen zu meinem am 9. Januar und 7. Februar im Reichstage gehaltenen Reden zu, daß es mir, besonders seit meiner Erkrankung, ganz unmöglich geworden ist, dieselben einzeln zu beantworten. Ich bitte deshalb die Herrr Abgeordneten, meinen Dank in der Form gegenwärtiger Erklärung entgegenzunehmen und versichert sein zu wollen, daß ihre Zustimmung mir ein neuer Sporn sein wird, um auf dem betretenen Wege fortzufahren und die Umsturzbewegungen unentwegt zu bekämpfen, mögen sie von Anarchisten oder waldschichten Sozialdemokraten, von verblendeten eozangelischen Geistlichen oder von dürftigsten Professoren betrieben werden. Die pöbelhaften, zum Theil auf Fälschung meiner Worte basirten Angriffe, welche von dieser Gesellschaft in urtheillosen Versammlungen, in der Presse, wie in direkten Rundgebungen gegen mich geschleudert werden, berühren mich nicht mehr, seitdem die freitbaren Herren es ablehnen, für Beleidigungen mit ihrer Person einzutreten. Ich schreibe sogar aus der Mäßigkeit dieser vorläufigen Angriffe mit Genugthuung den Beweis, wie schwer man sich durch meine Enttäuschungen getroffen fühlt und wie wenig Schickliches man mir entgegen zu stellen vermag. Der Größenwahn der grauen Theorie hat in diesen Tagen wahrhafte Orgien gefeiert und auch dem Blödesten die Augen über dieses Treiben öffnen müssen. Möchte man an den maßgebenden Stellen endlich erkennen, daß es vergeblich ist, mit Strafparagrafen gegen den Umsturz vorzugehen, so lange man den pseudo-wissenschaftlichen und pseudo-christlichen Sozialismus ruhig gewähren läßt.

Frdr. von Stumm-Dalberg.
Wie die Erklärung beweist, hat das Halsleiden den Herrn Stumm nur am mündlichen Schimpfen gehindert, nicht an der schriftlichen Niederlegung seiner Schimpferien. Vom „Größenwahn der grauen Theorie“ ist zwar bei ihm nichts zu verspüren, umso mehr aber von dem aus junkerlich-kapitalistischen Instinkten geborenen Größenwahn der Brutalität. Reuigerig sind wir übrigens, ob die Prahlerei des Herrn mit seiner Herausforderung zum Duell endlich die zünftige Staatsanwaltschaft zum Zugreifen gegen diesen Gesetzesverlezer und Gesetzesverhöhnner veranlassen wird.
— Zu den Geheimnissen der Ministerwechseltheil das „Kleine Journal“ folgenden Beitrag mit: „In der Schorfbau regiert ein Oberförster v. D., dessen direkter Vorgesetzter ein in Potsdam stationierter Forstrat ist. Als der Kaiser vor einigen Monaten in der Schorfbau jagte, bemerkte er, daß an einer Stelle auf felsigem Terrain, dessen Jagdschacher er ist, keine Kartoffeln und Lupinen, wie er es ein Jahr vorher angeordnet hatte, zur Anlockung der Girsche angepflanzt seien. Es stellte sich heraus, daß an dieser Unterlassungshünde der besagte Forstrat die Schuld trug. Der Forstrat wurde daraufhin kurzer Hand nach zwei Tagen von Potsdam nach einem

entfernten Ort der Monarchie verlegt, und die Geschichte hätte zu den alltäglichen gehört, wenn der Herr Forstrat in dem damaligen landwirtschaftlichen Minister nicht einen hochgebenden Freund und Böhner gehabt hätte, der für sein Leben gern dem armen Forstrat die bittere Pille verfrüht hätte. Sollte der Forstrat schon wirklich von Potsdam scheiden, so wollte er ihm wenigstens noch die Genugthuung verschaffen, daß er in dem Revier, in welchem der Unfall mit den Lupinen passirt war, mit kaiserlicher Bewilligung einen Scharnier zur Strecke bringen durfte. Es wird von Leuten der grünen Farbe hierin eine große Auszeichnung erblickt, und Herr von Duden richtete ein dementsprechendes Immediatgesuch an des Kaisers Majestät. Aber statt der erhofften gnädigen Antwort erschien Herr von Lucanus bei dem erschrockenen Minister, um ihm mitzutheilen, daß der Kaiser die Eingabe im höchsten Grade gemißbilligt habe. Herr v. Duden hatte nach drei Tagen einen Nachfolger.“

— Im antisemitischen Lager schlagen die Flammen des Bruderzwieses wieder hoch empor. Zu einem scharferen Zusammenstoß als je kam es in einer am Freitag in Berlin abgehaltenen Versammlung, in welcher Bödel mit einem starken Anhang gegen Liebermann von Sonnenberg und Zimmermann loszog. Schon bei der Eröffnung, als das Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde, eroberten auch Hoch auf Ahlwardt. Dann rechteferrigste Zimmermann Ahlwardts Ausschluß aus der Fraktion, wurde aber fortgesetzt durch das Gesellsch. „Umsturzvorlage“ unterbrochen. Vor Ahlwardts Enthüllungen fürchtete sich Zimmermann nicht, denn sie hätten noch mehr Material gegen ihn zu enthüllen. Inzwischen wurden immer einige Bärmünder hinausgeworfen. Der Vorsitzende drohte jeden Störer wegen Hausfriedensbruchs zu belangen. Als Zimmermann geendet, schrie Dr. Bödel, unterläßt von seinen Anhängern, einige Minuten lang: Zur Geschäftsordnung! Ungehöriger Lärm. Auf: Freigkeit! Lumpen! Schulte! Schafelöppe! halten mich durcheinander. Der Stenbal war so groß, daß sich Abg. Liebermann v. Sonnenberg mit seiner mächtigen Stimme nicht Gehör verschaffen konnte und seine lebhaften Ausführungen vorerst nur den Eindruck der Pantomime machten. Die Versammlung wurde vertagt. Die Aufregung in Saale machte sich auch in sehr bedenklichen Handbewegungen Luft. Liebermann schloß seine Rede mit der Behauptung, Ahlwardt hat sich selber gerichtet an dem Tage, als er die Rede hielt, die Vlad-Podgorczyk und Schweinbaler für ihn gemacht hatten. (Auf: Die hat er selbst gemacht! Lüge! Widerspruch, Beifall.) Das Uebrige, die rein persönlichen Beschäftigungen gegen mich, ist der Widerlegung nicht werth. (Minutenlanger Beifall, Hochrufe, Trampeln, Jischen.) Als dann Bödel zu Worte kam, wurde ihm wiederholt zugerufen: Sie fragte, Sie! und als dann Liebermann behauptete, Bödel habe einen Unstufstag, brach ein betäubender Lärm mit Pfuirufen los. Einige Personen mußten durch Schußleute entfernt werden. Ein Theil der Zuhörer trug beschuldigen den andern, daß sie nicht anständige Menschen seien. Schließlich zog Bödel mit seinem Anhang ab, und es wurde eine den Ausschluß Ahlwardts billigende Resolution angenommen.

— In Sachen finden im Herbst dieses Jahres Ergänzungs wahlen zur zweiten Kammer statt und der Wahlkampf verspricht ein sehr heifer zu werden, was daraus zu schließen ist, daß die Parteien schon jetzt zu rüsten beginnen. Die „Sächs. Arbeiterz.“ erläßt einen Aufruf, in welchem sie die Gewissen zu ernstlichem Vorgehen auffordert. In demselben befindet sich folgende bemerkenswerthe Stelle: „Geiß wird der Wahlkampf werden, sagen wir. Denn der Wahltag soll Rodtag werden! Die arbeitende Bevölkerung will an diesem Tage, an dem einmal ihre Stimme von Gehör ist, sich rächen für alle die Missethaten, welche „haatserhaltende“ Abgeordnete des Landtages in der vorigen Session an ihr verbrochen haben, sich rächen für alle die Gewaltthätigkeit und Gemeinheit, mit der die Reaktion gerade hier in Dresden in den letzten Zeiten gewüthet hat. Ja, Arbeiter Dresdens, an jenem bevorstehenden Landtagswahltag habt Ihr Gelegenheit, Eueren Betrütern und Beschimpfern die rechte Antwort zu geben. Regt sie hinaus aus dem Landparlament diese Konventionen und Kammerfortschrittler. Wählt wahre Vertreter Eurer wirtschaftlichen und politischen Interessen! Trefft schon jetzt Euerer Vorbereitungen zu dieser Wahl!“

— Die sächsische Polizeipraxis zeitigt bekanntlich gar wunderbare Früchte. Der Stadtrat von Radeberg hat eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuer mit folgender „Begründung“ verboten:

Die Abhaltung der von Ihnen für Sonnabend, den 9. Febr. 1895, Abends 8 Uhr, angedeuteten, als öffentliche Protestversammlung bezeichneten Versammlung wird hiermit unterlagt, weil das Punkt 1 der Tagesordnung aufgestellte Vortragsthema aus grundlofen Voraussetzungen beruht und nicht ungeeignet erscheint, Beunruhigungen herbeizuführen und nach Befinden zu Gesetz-Verletzungen geneigt zu machen.

Radeberg, am 8. Februar 1894.
Der Stadtrat.
Kumpelt.

Wie wär's, wenn man nach sächsischer Praxis eine Umsturzvorlage machte, die nur folgende einzige Bestimmung enthielte: „Das Denken besorgt für die gesammten Staatsbürger die Polizei; wer selbst zu denken sich unterläßt, wird eingekerkert.“

— Die Geschäfte des Reichsversicherungsamtes vermehren sich je — so schreibt man der „Volksztg.“ — fortwährend; es hat jetzt schon jährlich über 10 000 Rechtsfälle zur Entscheidung zu bringen. Rein Reich hat früher geahnt, daß sich dieses Amt mit einer solchen Fülle von Prozessen zu beschäftigen haben würde; man hatte bei Entscheidung der Arbeitergesetzgebung angenommen, daß die Liberalität der Berufsgenossenschaften es kaum zu Prozessen kommen lassen würde. Fast täglich tagen jetzt drei Senate im Reichs-Versicherungsamt; es hat sich aber herausgestellt,

daß dieselben nicht mehr in der Lage sind, sämtliche Sachen zu erledigen. Vom 20. d. Mts. ab sollen noch zwei weitere Senate in Thätigkeit treten, um die so gewaltige Arbeit prompt zur Entscheidung zu bringen. Im Interesse der armen Krüppel, Wittwen und Greise, welche als Kläger vor dem Reichsversicherungsamt auftreten, ist jede Einrückung mit Freunden zu begründen, die geeignet ist, die erhobenen Klagen so schnell wie möglich zur Entscheidung zu bringen. Während früher in den großen Ferien, die im vorigen Jahre gegen ein Vierteljahr dauerten, überhaupt keine Prozesse im Reichsversicherungsamt zur Entscheidung kamen, sollen fortan, wie bei fast allen anderen Gerichten, auch beim Reichsversicherungsamt Ferien-Senate zur Entscheidung dringender Rechtsstreitigkeiten gebildet werden. Besser wäre es aber, wenn die Berufsgenossenschaften sich nicht immer auf den engherzigsten Standpunkt stellen und die Rentenberechtigten zwingen würden, ihr Recht bis in die höchste Instanz zu suchen. In manchen Fällen sind die Spitzfindigkeiten, welche die Berufsgenossenschaften anwenden, um sich den Zahlungsverpflichtungen zu entziehen, wahrhaft empörend.

— Dem Verbiehne seine — Belobigung! Unsere Leser erinnern sich noch des Kravalls in Antonienhütte und des nachfolgenden Prozesses, wobei ein Bergmann verurtheilt wurde, weil er, nachdem seine Schwester von den Gensdarmen erschossen war, nicht ohne Weiteres nach Hause ging. Jetzt geht folgende Nachricht durch die Zeitungen: „Die beiden aus dem Antonienhütter Arbeitertrammal bekannten Gensdarmen, der berittene Gensdarm Rordige in Kroschowitz und der Fußgänger Bobinka in Antonienhütte, Kreis Rattowitz, sind Seitens ihrer vorgesetzten Behörde öffentlich belobt worden, weil sie sich bei der erwähnten Gelegenheit gut und korrekt benommen hätten.“ — Selbstverständlich herrscht überall im Volke die größte Vertheilung darüber, daß die beiden Gensdarmen für ihr korrektes Verhalten belobt wurden. Etwas Anderes durfte man gar nicht erwarten. Zur Justizdenkmal des Volkes wird das natürlich auch wieder beitragen.

— Der Antiboykottverband ist nun fertig. Am Freitag Abend hat in Berlin eine Versammlung von Brauereibesitzern stattgefunden, welche einen Generalverband deutscher Brauereien gegen Verurtheilungen gründeten. Die Brauereien in fast allen größeren Städten Norddeutschlands sollen ihren Beitritt erklären haben. Den einzelnen Verbänden wird eine Entschädigung für den durch Boykottung entgangenen Absatz geflößt und ferner dafür Bürgschaft geboten, daß den Kunden gebuykotteter Brauereien kein Bier von Mitgliedern anderer Fabrikverbände während der Dauer des Boykotts geliefert wird. Zum Brühenden wurde der bekannte Herr Köhler gemählt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Febr. Erzherzog Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Karl, des Siegers von Aspern, ist gestern im Alter von 78 Jahren gestorben. Er war in den Märztagen von 1848 Kommandirender in Wien und von ihm wird erzählt, daß er befohlen habe, auf das Volk zu schießen. Albrecht war ein Vollblutkrieger, voll starken Hochmuths und ein zielbewußter Reaktionsist. 1866 gewann er die Schlacht bei Custozza gegen Viktor Emanuel, konnte aber das Schicksal seiner Dynastie nicht abenden. Er war ein Preussenhasser, der nur schwer und widerwillig die Neugestaltung der Dinge anerkannte. Vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges war er der eifrigste Unterhändler zu Gunsten eines österreicherisch-französischen Bündnisses, dessen Verwirklichung freilich die Erlangung des deutschen Meeres zu nichte machten. Albrecht war einer der unpopulärsten Männer Oesterreichs.

Belgien.

Brüssel, 18. Febr. Die Anklagen Anseles in der belgischen Kammer gegen die betrügerischen Praktiken der Genter Webereien und Spinnereien haben sich auch vor Gericht als stichhaltig erwiesen. Das Genter Gericht hat vier Webereieinhaber verurtheilt wegen Nichtbeachtung der Gesetze und Bestimmungen über die Arbeitsdauer und die Zahlung der Löhne an die Arbeiter. Im Ganzen waren achtzehn Arbeitgeber verfolgt, vierzehn wurden aber freigesprochen, weil die Thatfachen nicht genügend erwiesen waren, aber mit der Mahnung, sich fernerhin strengstens an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten. Die schändlichen Mißbräuche, die Anseles an den Branger gestellt hat, sind also jetzt gerichtlich beseitigt. Gleichwohl hatten auch einige Herren im Senat den Ruch, gegen Anseles's Anklagen Einspruch zu erheben. Sie sind mit gerichtet.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Die über den früheren deutschen Offizier v. Schönebeck wegen Spionage verhängte Strafe von 5 Jahren Gefängnis wurde von der Berufungsinstanz auf 4 Jahre ermäßigt. Die Geldstrafe von 5000 Frct. wurde bestätigt.

Merica.

Newyork, 18. Febr. Ueber den Streik der Tramwaybedienten in Brooklyu berichten amerikanische Blätter: Bis jetzt liegt zwar der Streik verhältnißmäßig glänzlich, doch ist die Situation eine wechselnde. Tausende von „Cabs“ (Arbeitslose) können bei diesen arbeitslosen Tagen herbei, und nur die Furcht hält sie ab, die vorkantn Klage der Streiker anzunehmen. Mehrere hundert Sozialpolitisten, sogenannte Pintertoner, sind von den Kompagnien angestellt, den nicht allzu eifrigen Polizisten auf die Finger zu legen. Einer der Direktoren der boytottirten Bahnen erklärte einem Bürgercomite, daß sie im Voraus eine halbe Million Dollars in Reserve gelegt, und zwar speziell für den erwarteten Streik; nehmen wir hierzu noch einen Rayon von Brooklyu, der einer der größten Aktienbesitzer der dortigen Straßenbahnen ist, also nur ein interessirtes Werkzeug der Kompagnien sein kann, so haben die Arbeiter so

ziemlich Alles gegen sich; was sie in diesem Kampf für sich haben, ist nur sehr wenig. Richter Gaynor hat zwar, um den Klagen der größeren Geschäftskreise entgegenzukommen, die Tramwaykompagnien verurtheilt, entweder ihre Cars in Betrieb zu stellen, das heißt mit ihren Leuten eine Einigung zu erzielen, oder ihre Carts wieder abzugeben. Aber die Kompagnien werden sich sehr hüten, dieser Aufforderung nachzukommen. Wir glauben nicht, daß etwas Anderes dabei herauskommen wird. Richter Gaynor wird bei der nächsten Richterernennung oder Wahl die Straßenbahnmagistraten gegen sich haben und nicht wieder ernannt werden, als warnendes Beispiel für Alle, die sich den Kapitalkombinationen hindernd in den Weg stellen.

Aus Stadt und Land.

Bant, 20. Febr. Das „Jenerische Wochenbl.“ bringt in einer seiner letzten Nummern eine Statistik über die Zunahme der Gebäude und der Steuerkraft in den Gemeinden Bant, Reuende und Heppens während der letzten 12 Jahre, die für Bant doch jedenfalls nur unter Ausschluß der fiskalischen Gebäude zu verstehen ist. Der Herr Statistiker der „Jener. Nachr.“ schreibt: Die Anzahl der Gebäude in den drei Gemeinden betrug am 1. Januar 1883 für Reuende 276, für Bant 184, für Heppens 169, zusammen 629; am 1. Januar 1895 für Reuende 323, für Bant 514, für Heppens 382, zusammen 1219. Die Zunahme betrug also 590 Gebäude. Die Gebäude hatten einen Mietzwert am 1. Jan. 1883 in Reuende 21348 M., in Bant 25392 M., in Heppens 16350 M., zusammen 63090 M.; am 1. Januar 1895 in Reuende 32574 M., in Bant 106518 M., in Heppens 68871 M., zu 207963 M. Die Zunahme betrug mithin 144873 M. Mietzwert. Die Gebäudesteuer erbrachte am 1. Januar 1883 in Reuende 1131,41 M., in Bant 1345,80 M., in Heppens 866,55 M., zu 3343,76 M.; am 1. Januar 1895 in Reuende 1726,38 M., in Bant 5645,46 M., in Heppens 3650,15 M., zusammen 11021,99 M. Die Zunahme betrug also 7678,23 M. Gebäudesteuer. Natürlich kann eine Prüfung der Grundstücke hinsichtlich des Reinertrages und der Steuern nicht ein ähnliches Resultat ergeben. Man darf annehmen, daß schon 1883 hier der Höhepunkt erreicht war. Wenn absolut sogar eine kleine Abnahme an Reinertrag und Steuer eingetreten ist, so erklärt sich dies aus dem Umfange, das während der letzten 12 Jahre im Ganzen 44 Hektar 9 Ar 36 Quadratmeter an die neuerbauten Grundstücke, das Begeareal und den Ems-Jade Kanal abgetreten sind. Berücksichtigt man letztere Thatsache, so stellt sich auch hier eine verhältnismäßige Steigerung an Reinertrag und Steuer heraus, da die Größe um $\frac{1}{4}$ zurückgegangen ist, die absolute Abnahme an Steuer und Reinertrag aber nur $\frac{1}{8}$ ausmacht. — Um die hohe Steuerkraft der Grundstücke darzutun, geben wir hier noch eine genaue Zahlenfolge. Reinertrag der Grundstücke am 1. Januar 1883 für Reuende 87395,28 M., für Bant 1191,48 M., 12907,96 M., zusammen 111494,72 M.; am 1. Januar 1895 für Reuende 85675,22 M., für Bant 11027,30 M., für Heppens 13147,56 M., zu 109848,98 M. Abnahme: 1645,74 M. Reinertrag. Steuerertrag der Grundstücke am 1. Januar 1883 für Reuende 7865,68 M., für Bant 1007,23 M., für Heppens 1161,71 M., zu 10034,62 M.; am 1. Januar 1895 für Reuende 7710,70 M., für Bant 992,46 M., für Heppens 1183,27 M., zusammen 9886,43 M. Abnahme 148,09 M. Grundsteuer. Kommen wir noch einmal auf die Gebäude zurück, so finden wir die Zahl derselben fast verdoppelt, den Mietsertrag und die Gebäudesteuer aber um mehr als das Dreifache erhöht. Der Mietsertrag der Gebäude und der Reinertrag an Grundstücken zusammengefaßt ergeben für den 1. Januar 1895 317811,98 M. Die Grund- und Gebäudesteuer zusammengefaßt ergeben 20908,42 M.

Bant, 20. Febr. Noch einen Nachtrag zu den bereits mitgetheilten demnachst stattfindenden Festlichkeiten müssen wir heute folgen lassen, und zwar sind dies die Stiftungsfeste des Arbeitervereins „Prohmann“ bei Herrn Minnets in Seban, des Bürgervereins Heppens (weil. Theil) bei Herrn Sadewasser und der Freiwilligen Feuerwehr, welche sämmtlich am Freitag, 22. Febr., stattfinden.

Wilhelmshaven, 20. Febr. Morgen Donnerstag, 21. d. Mts., Abends 6 Uhr, findet im kleinen Sitzungssaale des Rathhauses eine öffentliche Sitzung des Bürgervorsteher-Kollegiums statt. Es haben folgende Punkte zur Beratung: 1) Rammerei- und Sparkassen-Angelegenheiten, 2) Regelung des Abfuhrwesens, 3) Omnibus- resp. Motorwagen-Verbindung zwischen Schwarzbörge und Nordenham, 4) Anlage einer neuen Straße auf dem Ratharinenfeld, 5) Unterhaltung der Bürgersteige, 6) Verschiedenes.

Wilhelmshaven, 19. Febr. Eine für Krankenkassen wichtige Entscheidung hat das Reichsgericht am 7. Febr. gefällt. Es wurde ausgesprochen, daß der § 5a des Krankenversicherungs-Gesetzes zu auffassen ist, daß sämt-

liche von einem Arbeitgeber beschäftigte Personen, gleichviel, wo die Arbeitsstätte sich befindet, dort ihrer Versicherungspflicht zu genügen haben, wo das Domizil des Arbeitgebers ist. Das ist von einschneidender Bedeutung für das Baugewerbe, da sich aus der schwankenden Auffassung des § 5a öfter Streitigkeiten bei den Gerichten ergeben haben. Der Zentralverband deutscher Baugewerksmeister hat daraufhin beschlossen, eine Petition an den Reichskanzler und das Staatsministerium zu richten; dieselben werden ersucht, im Wege des Bundesrat's anzuordnen, daß die Verwaltungsbehörden dieser Entscheidung des Reichsgerichts gemäß die Krankenkassen-Vorstände instruieren.

Oldenburg, 18. Febr. Nach dem Geschäftsbericht des Oldenburger Konsumvereins für 1894 hat der gesamte Umsatz sich gegen das Vorjahr ganz bedeutend gesteigert und zum ersten Male den Betrag einer halben Million Mark überstiegen. Die Mitgliederzahl ist von 1897 im Jahre 1893 auf 2097 im Jahre 1894 gewachsen. Das schuldenfreie Baarenlager hatte am Schlusse des Jahres einen Einkaufswert von 66217,27 M. Das Guthaben bei der Spar- und Leihbank betrug 19853,58 M. und der Reservefonds wird am Schlusse des Jahres nach der statutenmäßigen Zuschreibung 16831,78 M. betragen. Bemerkenswert noch, daß den Mitgliedern in dem Zeitraum von 15 Jahren, von 1879 bis incl. 1893 193790 M. an Dividenden gezahlt sind. Das Gemains- und Verleih-Guthaben weist nach einem Bruttoertrag aus: Kolonialwaaren, einschließlich Bäckerei und Kohlen 75070,03 M., Eisenwarengeschäft 6165,82 M., Einnahme an Miete 310 M., total 81546,75 M., ab Geschäftsausgaben 29988,19 M., bleiben 51558,56 M., hinzu Saldo aus der zweiten Geschäftsjahresperiode 1893 686,39 M., Reingewinn 52244,95 M.

Oldenburg, 19. Febr. Heute Abend wurden durch eine Eskorte zwei Soldaten der Infanterie zum Civilgefängnis an der Parade transportirt. Dem Ansehen nach waren sie vom Kriegesgericht verurtheilt. Bei dem Geheimniß der Militärjustiz wird man darüber jedoch wohl wenig erfahren.

Oldenburg, 19. Febr. Eine Kindesmörderin, die Dienstmagd D. aus Jante, wurde in diesen Tagen durch einen Sendarm in das hiesige Gefängnis übergeführt. Dieselbe hatte, wie die „Bant. Zig.“ berichtet, vor etwa 4 Wochen heimlich ein Kind geboren, dasselbe vermutlich sofort getödtet und die Leiche seit der Zeit in ihrem Kleiderschrank versteckt gehalten. Die kleine Leiche, welche infolge des Frostwetters noch keine Spuren von Verwesung zeigt, ist ebenfalls hierher befördert und dem Amtsgericht übergeben worden.

Bremen, 18. Febr. Aus London wird von allen Seiten darauf gedrungen, schleunigst Anhalten wegen Sprengung des Bracks und Befreiung der Masten des neulernen Dampfers „Elbe“ zu treffen. Das Schiff liegt 17 Faden tief und die aus dem Wasser hervorragenden Masten bilden eine schwere Gefahr für die gesamte Schifffahrt.

Hannover, 18. Februar. Der Bescheid des hiesigen Regierungspräsidenten auf die Eingabe der Schlachthausverwaltung lautet folgendermaßen: „Auf die am 13. November hier eingegangene Beschwerde über die Verfügung des hiesigen Magistrats ertheile ich dem Vorstande hierdurch zum Bescheide, daß es mit Rücksicht auf den, zwischen der Innung und der Stadtgemeinde in derselben Angelegenheit zur Zeit schwebenden Zivilprozeß, welcher zur Erhebung des Kompetenzkonflikts aus rechtlichen Gründen keinen Anlaß geboten hat, zur Zeit nicht angeht, ertheilt, vielmehr eine Entscheidung zu treffen. Ich kann der Innung jedoch nicht verhehlen, daß das vom Magistrat beigebrachte umfangreiche Material erkennen läßt, daß bei der dortseitigen Vermaltung des Schlachthaus, namentlich hinsichtlich der Einrichtung der Talschmelze, der Lieberwahrung der Vernichtung schädlicher Flüssigkeiten, des Wegens, der Behandlung des Schlachtwortes solche Mängel vorliegen, welche von Jahren obwalten, daß ein energisches Einschreiten von Seiten des Magistrats als höchstbedürftig durchaus gerechtfertigt erscheint, und schwere Bedenken obwalten, ob die Innung geeignet ist, das Schlachthaus im Sinne des Schlachthausgesetzes ordnungsmäßig zu verwalten.“

Kiel, 16. Febr. Der „Schleswig-Holstein. Volksz.“ wird über die Verhaftung der „Germania“ und des „Wulfen“ in Bredow bei Stettin geschrieben: „... Ein schon seit Jahren beschlossenes Projekt, die beiden genannten Schiffswerften, die sich in den letzten Jahren vorwiegend mit dem Bau von Kriegsschiffen beschäftigt haben, miteinander zu vereinigen und dann eventuell zu verstaatlichen, taucht jetzt aufs Neue wieder auf, indem am dem 20. Februar stattfindenden Generalversammlung der Aktionäre der Germaniaverft darüber verhandelt werden soll, daß die Direktoren der genannten Gesellschaft ermächtigt wird, in Verhandlungen einzutreten, bezw. eine diesbezügliche Vorlage auszuarbeiten und einer folgenden Generalversammlung eventuell vorzulegen. Und kann es recht sein, denn, wie man sieht, können auch mitunter die Lotterigräber den Geschäftsherrn die Arbeit erleichtern, indem sie die Großbetriebe in einer Hand, der des Staates, vereinigen.“

Wir meinen nun, daß die Aktionäre der „Germaniaverft“ mehr

durch die Verhältnisse gezwungen, als aus eigenem Antrieb die Verstaatlichung wünschen. Keine Industrie hat so wie die Schiffbauindustrie unter der raschen Entwidlung der Technik und des Fortschritts zu leiden. Sie kann nicht mehr zu einem einigermaßen fortwährenden, stetigen Geschäftsgange kommen. Die Aufträge, sei es für die Kriegs- oder Handelsmarine, müssen zumist in höherer Weise ausgedehnt werden, nach deren Fertigstellung naturgemäß ein Rückschlag mit allen Schicksalen der Geschäftskrisis kommt, der dem Kapital einen verhältnismäßig hohen Verlust in der kurzen Zeit der Unproduktivität kostet, weil im Schiffbau eben ohne geschultes Arbeiterpersonal nicht gearbeitet werden kann und daher zur Zeit der Geschäftskrisis nicht leicht Arbeiter einstellen werden können, als das Kapital entlassen möchte und müßte, um ohne Gefahr zu lassen durch die Zeiten der Geschäftskrisis zu kommen. Weiter zwingt die Konkurrenz zur fortwährenden Neubehaltung der neuesten Hilfsmittel, also Vergrößerung des Anlagekapitals, sowie zur innigen Verbindung mit den Hütten und Eisenwerken, die heute nicht bloß Rohstoffe und Matten, sondern halbe Fabrikate, als fertig geschmiedete Rollen, Rollenstangen u. s. w., liefern. Kurzum, es ist der Betrieb auf großer Skala, unter dem das kapitalistische System aber eine solche Unsicherheit giebt, daß darunter nicht nur die Arbeiter furchtbar zu leiden haben, sondern auch die Rentabilität für die Kapitalisten anfängt, aufzuhören. Daher die Resignation und der Wunsch, Kapital und Rente zu retten.

Vermischtes.

— **Kleiner Rubel Böse** hat wieder in letzter Zeit in Ostpreußen mehrfach bemerkt worden; der strenge Frost und namentlich die hohe Schneelage haben die hungerrigen Thiere bis in die Forsten an unserer Landeshänge getrieben. In den Georgenburger Forsten trieben mehrere dieser Raubthiere, wie die Füchse und drangen bis in die Waldhöfner, wo sie aus einem schlecht verwahrten Stalle zwei Schafe raubten. Ein in vergangener Woche durch die Forst reisender Handelsmann aus Wilsken wurde, wie der „Magdeb. Zig.“ geschrieben wird, von zwei hungerrigen Wölfen verfolgt, rettete sich aber vor ihnen durch mehrere abgegebene Schüsse und durch die Schnelligkeit seines Pferdes. Bei einem kürzlich in mehreren Beläufen der Georgenburger Forst abgehaltenen Wolfstreiben wurden drei Wölfe erlegt, während zwei andere entkamen.

— **Vom Schnee- und Wetter** treffen noch immer Glopstosen ein. In Folge Schneeverwehung ist der gesamte Verkehr und theilweise der Güterverkehr auf mehreren Volakstrecken in Wahren und Schleien eingestellt; in Jnaim ist der Verkehr mit den umliegenden Ortschaften wegen Schneesturmes gänzlich unterbrochen. Zahlreiche Fahrwerke und Schlitten sind in verschneiten Döhlwegen versunken. Einzelne Dörfer sind im Schnee fast unzufindbar. In Bukarest fand am Freitag ein anhaltender Eisregen statt. Viele Telegraphenbrüche sind unter den darauf folgenden Eisstößen gerissen, viele Telegraphenstangen umgestürzt. Jeder direkte Telegraphenverkehr ist unterbrochen. — **Aus Reg** wird gemeldet: In Folge von Schneewehen sind große Verkehrsstörungen, namentlich auf den französischen Grenzbahnen und der Strecke Basel-Dienbe eingetreten. — In Süd-Georgien ist ein noch nie dagewesener Schneefall vorgekommen; in Montana sind 2500 Schafe umgekommen.

— **Die Leiche** des bei dem Untergang der „Elbe“ um Leben gekommenen Walter Schull, für deren Aufindung eine Belohnung von 200 Pfund ausgesetzt war, ist am Sonntag bei Dungen von dem Fischer William Tart aufgefunden worden. Bei der Leiche wurden 5 Einhundertmarkstücke, eine goldene Uhr, ein Ring mit der Aufschrift „Emmy Scholler“, 7 Gold-, 8 Silbermünzen und andere Gegenstände vorgefunden. Die Leiche hatte einen „Elbe“ gezeichneten Rettungsgürtel um.

— **Von der Cholera.** In Konstantinopel sind am Mittwoch 8 Personen erkrankt und 8 gestorben. Die Regierung errichtete eine Sanitätskommission und die Hauptstadt, welche durch Truppen verläßt wurde.

Standesamtliche Nachrichten.

der Stadt Wilhelmshaven vom 9. bis zum 15. Februar. Geboren: ein Sohn: dem Jahn Hühner, Landwirth Reichs, W. Ant. Joh. John, Bremerthaler Schöler, Tischler Köhler, eine Tochter: dem Ep. Ant. Alex. Berlein, Restaurateur Th. Hennemann, Steuern. Tobias, Werftschreiber Stidmann, D. Zimmermannsmaet Ludwig, Zoller Schacht, Arb. Hinrichs.

Aufgeboren: Kupferhäm. Reinhardt hier und M. T. K. Tobbe zu Lohdorf, Sergeant Küler und R. J. E. Reine, Beide hier, Kaiser de Beer hier und R. G. E. Gramer zu Bant, Resthäm. Wachenhausen hier und D. M. Bant zu Hatterum, Resthäm. Zorn und S. M. Fett, Beide zu Griesheim, Resthäm. Schulz und M. J. Wulgerel, Beide zu Rinkenbürg L. B. Schmidt Necher und J. E. Dreyer, Beide zu Bant, Resthäm. Schölermann und J. M. Hübdele, Beide zu Börde, Arb. Grundt und M. D. Brand, Beide zu Gaarden, Stilmeyer hier und hier und R. M. Gourad zu Reuende, Arb. Böbe und A. J. Weisner, Beide zu Bant, Schmiedemeister Stahl und R. L. Lotzmann, Beide zu Bant. Eheschließungen: Barbier Wüldich hier und M. B. E. M. Krenndt zu Bant, Wirts. M. Weintich hier und G. M. Dömmen zu Bant.

Gestorben: Sohn des Bandagisten R. Schütz, 12 J. alt, Tochter des Werftschreibers Köhler, 3 J. alt, Wäcker Egberts, 25 J. alt, Tochter des Ep. M. Reuter, 2 J. alt, Mm. des Lehrers Nagel, 3 J. alt, P. geb. Nabbat, 81 J. alt, Gehilfe des Rammensmülers Renner, M. geb. Bornemann, 26 J. alt, Arb. Witzig, 46 J. alt, Gehilfe des D. Wirts. Schubert, 6 J. geb. Senfpiel, 62 J. alt, Sohn des Wagnersaufst. Schwand, 1 J. alt, Tochter des Arb. Hinrichs, 15 Min. alt. Außerdem wurde eine Leiche (Knabe) amgetödt.

	Einschläfige Betten Nr. 10 aus roth-grau gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.	Einschläfige Betten Nr. 10b aus roth-bunt gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.	Einschläfige Betten Nr. 11 aus rothem über roth-rosa Atlas mit 16 Pfund Halbdaunen.	Einschläfige Betten Nr. 12 Oberbett aus rothem Daunenköper, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daunen u. Federn.
	Oberbett 10,25 Unterbett 10,25 3 Rißen 7,— Mit 27,50 zweischläfig M. 31,—	Oberbett 13,50 Unterbett 13,50 3 Rißen 9,— Mit 36,— zweischläfig M. 40,50	Oberbett 17,50 Unterbett 17,50 3 Rißen 10,— Mit 45,— zweischläfig M. 50,50	Oberbett 22,— Unterbett 20,50 3 Rißen 12,— Mit 54,50 zweischläfig M. 61,—

126 Markt in Cairo!

Achtung!

Sitzung der Kartell-Kommission
Donnerstag den 21. Febr.
Abends 8 1/2 Uhr.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder nothwendig.
Der Vorsitzende.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Die Beiträge der 2. Hebung (27. Januar bis 23. Februar) sind bis zum 23. Februar zu entrichten.

Der Rechnungsführer:
L. Thaden.

In meinem Hause habe ich eine dreiräumige

Oberwohnung

an ein kinderloses Ehepaar oder sonst ruhige Bewohner zum 1. Mai d. J. zu vermieten.

Neuende, 15. Februar 1895.
Dr. Rühmckorb.

Das von Hrn. Kaufm. Evers bewohnte

Unterhaus

ist zum 1. Mai unter günstigen Bedingungen anderweitig zu vermieten. Söker.

Zu vermieten

zum 1. Mai eine Ober- und zwei kleine Unterwohnungen, jede mit etwas Gartengrund.

J. C. Riddle, Kopperthörn.

Zu verkaufen:

4000 Pfd. schöne, sehr mürbecoch. grüne Erbsen
à Pfd. 19 Pfd., 100 Pfd. 9 Mt.

C. Bargaen,
Himmelreich bei Rüstertel.

Ein zweirädriger Handwagen
billig zu verkaufen.

Conrad Knappe, Bäckermeister,
Grenzstraße 54.

100 Jahre

kann es noch dauern und es kommt noch kein solcher Ausverkauf von Herren- u. Knaben-Garderoben, Unterziehzeugen, Arbeiter-Garderoben, Schuhwaaren wieder vor, wie er jetzt tagtäglich im

Waarenhaus für Gelegenheitskäufe

Marktstraße 25

zu Tax- und Auktionspreisen stattfindet.

Das Pfand- und Leihgeschäft

verbunden mit An- und Verkauf von

Wilh. Harms

Neue Wilhelmshav. Str. 22

empfiehlt sich zur Annahme von neuen und getragenen Kleidungsstücken, Schuhwaaren, Möbeln, Betten, Uhren, Gold- und Silberfachen, Velocipeden usw.

Der Raub des Ohrenjais!

Berlege meine Wohnung nach Marktstr. 30, 1 Etg.

Sprechstunden nur für zahlleidende Frauen und Kinder von Vorm. 9 Uhr bis Nachm. 7 Uhr.

Frau Alwine Kruckenberg.

Berlege meine Wohnung von Varel nach Wilhelmshaven, Marktstr. 30, 1 Etg.

und bin für Zahlleidende täglich von Nachm. 1-7 Uhr zu sprechen.

A. Kruckenberg.

Thelle meiner werthen Kundschaft, Freunden und Gönnern mit, daß ich zur Erholung meiner Gesundheit 3 bis 4 Wochen verreist bin. Zudem ich bitte, daß mir bisher bewiesene Wohlwollen bewahren zu wollen

zeichne achtungsvoll
Gustav Schmidt, Schneidermeister,
Wallstrasse 5.

50 Pfennig-Bazar

21 Bismarckstrasse 21

dem Haupt-Parkeingang gegenüber.

Beste und billigste Bezugsquelle in allen nur möglichen Haushaltungs-Gegenständen, Luxusartikeln und Spielwaaren 2c. 2c. Vorzügliche abgelagerte Cigarren sowie preiswerthe Roth- und Weißweine.

Umsturz und Sozialdemokratie
wieder eingetroffen bei
C. Buddenberg.

Die Wollspinnerei

von
J. Möhlmann

in Jever

empfiehlt **Wool- und Strumpfgarne** in weiß, farbig und melirt, sowie naturgrau und ächt schwarz zu billigen Preisen. Das Garn ist aus bester hiesiger Marshwolle angefertigt, daher fest und krumpffrei.

Biere

aus der Dampfbierbrauerei von Th. Fetzler in Jever.

Lagerbier, helles Bier nach Pilsener Art, dunkles bayrisch Gebräu in Fässern und Flaschen.

Cigarren in allen Preislagen, von 2 Mark bis 15 Mark per 100 Stück.

Joh. Fangmann,
Bismarckstraße 59

BIERE

aus der bayerischen Bierbrauerei von G. & F. ten Doornkaat-Koolman Westgasse b. Norden

als:
Lagerbier, helles Bier nach Pilsener Art, dunkles Doornkaat-Bräu nach Münchener Art, sowie hochfeines Bockbier in Fässern und Flaschen, empfiehlt

G. Arnoldt, Bant, Kreuzstraße.

Eine neue Sendung

Kinderwagen

empfiehlt

G. Junge, Bant, Weststraße.

Hermannslust.

Sonntag den 24. Februar 1895:

Großer Fastnachts-Ball.

Anfang 5 Uhr.

Es ladet freundlichst ein
Wilh. Assling.

Eine kleine Oberwohnung

für eine Wittve mit zwei Kindern gesucht. Zu erfragen Adolfsstr. 35, oben.

Ein möbl. Zimmer

auf sofort zu vermieten.
Grenzstraße 40.

Damen- u. Herren-Perrücken

sowie Bärte

für Karneval- und Theater-Aufführungen, verleiht zu den billigsten Preisen

W. Morisse,
Koonstraße 75 b.

Ginseken

künstlicher Zähne und ganzer Gebisse, Plombiren nur von bestem Material und vollkommen schmerzlos.

Sämtliche Zahn-Operationen werden bestens ausgeführt.

H. Bape, Bahntechniker,
Alte Straße 17.

Größtes und billigstes

Lager fertiger Särge

empfiehlt

J. Freudenthal, Neubremen.

Das Pfand- und Leih-Geschäft von

J. H. Paulsen,

Bant, verl. Koonstraße,

empfiehlt sich zur Annahme von Möbeln, Betten, Uhren, Gold- und Silber-Sachen Herren- und Damen-Garderoben, sowie

sonstigen Gegenständen aller Art.

„Lätitia!“

Todes-Anzeige.

Gestern Abend starb nach längerer Krankheit unser lieber, hoffnungsvoller Sohn und unser unvergeßlicher Bruder, der Schlosser

Martin Klinge

im blühenden Alter von 21 Jahren 9 Monaten, was wir Verwandten, Freunden und Bekannten mit schmerzbelegtem Herzen zur Anzeige bringen.

Bräh (Proc. Rosen), 20. Febr. 1895.
Wilh. Klinge u. Frau nebst Kinder.

Die Beerdigung findet Freitag den 22. Febr., Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Heppens, Heppener Straße 12, aus statt.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend starb unser lieber Freund und Mitbewohner, der Schlosser

Martin Klinge

nach längerer Krankheit im Alter von 21 Jahren 9 Monaten. Wir verlieren in ihm einen allseit mackeren und uneigennütigen Freund und werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Heppens, den 20. Febr. 1895.
Familie Steinbach.

Metallarbeiter-Verband.

Nachruf!

Am Dienstag den 19. Februar starb nach längerem Leiden unser Freund und Verbandskollege, der Maschinenchloffer

Martin Klinge

im Alter von fast 22 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Der Verband verliert in ihm ein eifriges Mitglied. Möge die Erde dem treuen Mitkämpfer leicht sein!
Verwaltungsstelle Bant.

Die Beerdigung findet Freitag den 22. Februar, Nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Heppener Straße 12, aus statt und eruchen wir die Mitglieder, sich recht zahlreich an derselben zu beteiligen.



Nachruf!

Allen Freunden und Genossen die betrübende Mitteilung, daß gestern Abend nach langem Leiden unser braver Parteigenosse, der Schlosser

Martin Klinge

im Alter von annähernd 22 Jahren, fern von der Heimath sanft verschieden ist.

Die Arbeiterfrage, der er ein uneigennütiger Förderer war, verliert in ihm einen tüchtigen Wortkämpfer. Er ruhe sanft!

Bant-Wilhelmshaven, 22. Febr. 1895.

Die Vertrauensmänner.

König Lear!